

Uhlandstraße 165/166
D-10719 Berlin

Tel.: +49(0)30.8891 68 66

Fax: +49(0)30.8891 68 65

info@bundeskoordinierung.de
www.bundeskoordinierung.de

Berlin, 30.03.2021

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche während der Pandemie – Ergebnisse einer Befragung der Fachberatungsstellen – BKSF Forderungen an die Politik

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat im Sommer 2020 das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut zu Geschlechterfragen Freiburg im FIVE e.V. (SoFFI F.) mit einer Befragung der Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie beauftragt¹. Die Online-Befragung wurde von der Bundeskoordinierung Spezialisierte Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend (BKSF) durchgeführt. Aus den Antworten der über 200 Fachstellen lassen sich wichtige Schlussfolgerungen ziehen für dringend notwendige Veränderungen.

- **Gewaltbetroffene Personen weisen während der Pandemie eine höhere Vulnerabilität auf.**

Die Corona-Pandemie hat bei vielen Betroffenen von sexualisierter Gewalt eine Verstärkung von traumabedingten Symptomen verursacht. Fachberatungsstellen beobachten bei ihren Klient*innen eine Zunahme von Angst und Ohnmachtsgefühlen (51 %), belastenden Gedanken (48 %), emotionaler Instabilität (44 %) und Vermeidungsverhalten (33%). Eine fehlende Tagesstrukturierung, massiver Medienkonsum, Schlafstörungen und mangelnde soziale Kontakte führen bei einigen Betroffenen zu einer Verschärfung depressiver Symptome. Sie äußern das Bedürfnis nach zwischenmenschlicher Kontinuität zu ihrer Berater*in, um in

¹ BZgA (2021 in press): Ergebnisbericht der Befragung der Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Erstellt von BZgA, BKSF und SoFFI F.

einen privaten Austausch treten und Unterstützung in konkreten Anliegen der Alltagsbewältigung erhalten zu können.

- **Die Erreichbarkeit von gewaltbetroffenen Kindern und Jugendlichen war während des ersten Lockdowns stark eingeschränkt.**

Kinder und Jugendliche werden meist durch Lehrkräfte oder Schulsozialarbeitende an Fachberatungsstellen vermittelt. Aufgrund der Schul- und Kitaschließungen war diese Vermittlung nicht gegeben. Folglich meldeten die Fachberatungsstellen während des Lockdowns einen starken Rückgang von Hilfesuchen. Die Kontaktaufnahme zu Mädchen und Jungen, die akut von sexualisierter Gewalt betroffen sind, sowie entsprechende Interventionen waren in diesem Zeitraum kaum möglich. Nach der Öffnung von Schulen und Kitas stiegen die Hilfesuche. Beim Hilfetelefon sexueller Missbrauch wurden im Zeitraum März-Oktober 2020 im Vorjahresvergleich 41% mehr Beratungsgespräche geführt.

Spezialisierte Fachberatung wirkt nachhaltig und stabilisiert Betroffene auch in gesamtgesellschaftlichen Krisen.

Der Arbeitsansatz von Fachberatungsstellen mit Betroffenen zur Bewältigung von sexualisierter Gewalt fördert die Resilienz von Betroffenen. Fachberatungsstellen berichten, dass Klient*innen auf bereits erlernte Traumabewältigungsstrategien zurückgriffen, um die Corona-Maßnahmen und die damit einhergehende Fremdbestimmung zu meistern. Dies unterstreicht den ganzheitlichen Nutzen der spezialisierten Beratungsarbeit für Betroffene.

Schlussfolgerungen und Forderungen der BKSF an die Politik

Kinder und Jugendliche haben einen rechtlichen Anspruch auf Beratung, dem auch in gesellschaftlichen Krisensituationen Folge geleistet werden muss.

Auch während einer Pandemie muss die Erreichbarkeit von gewaltbetroffenen Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden und entsprechende Hilfeleistungen erfolgen. In der Pandemiekrise haben sich Einrichtungen der freien Jugendhilfe oft wesentlich flexibler gezeigt als öffentliche Jugendhilfeträger.

- ➔ **Es bedarf ein flächendeckendes Netz von Fachberatungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend, damit überall jederzeit Betroffenen niedrigschwellig Unterstützung gegeben wird**

Fachberatungsstellen benötigen mehr Ressourcen, um ihre Arbeit krisenfest und niedrigschwellig gestalten zu können.

Das persönliche Beratungsangebot war während des ersten Lockdowns bei vier von fünf Einrichtungen eingeschränkt. Trotz der Verbote und widrigen Bedingungen (mangelhafte technische Ausstattung, keine Erfahrung in digitalen Beratungsformen etc.) haben die Fachberatungsstellen innerhalb kürzester Zeit ihr Beratungsangebot an die pandemiebedingten Gegebenheiten angepasst: 99 % der befragten Fachberatungsstellen gelang es durch ein hohes Maß an Kreativität, Flexibilität und

Eigeninitiative, alternative Beratungsformen anzubieten und somit den Kontakt zu den Klient*innen aufrechtzuerhalten. Bei 75 % der Stellen ging dies mit der Einführung neuer Kommunikationswege einher. Die Telefonberatung nahm dabei einen hohen Stellenwert ein und wurde von 85 % der Fachberatungsstellen bedient.

Die Beratungsangebote der Fachberatungsstellen wurden von Betroffenen kontinuierlich in Anspruch genommen. Somit konnte die Betreuung derjenigen, die bereits vor der Pandemie in Kontakt zu Fachberatungsstellen standen, fortgeführt werden.

Allerdings bedarf es vielfältiger Investitionen, um das Beratungsangebot von Fachberatungsstellen auch in Krisenzeiten aufrechterhalten und weiterhin niedrigschwellig gestalten zu können. Ein alleiniges Umsteuern auf digitale Angebote reicht nicht. Viele Klient*innen weisen darauf hin, dass eine digitale Beratung die persönliche nicht ersetzen könne.

- ➔ **Alle Fachberatungsstellen benötigen finanzielle Zusatzmittel für Schutzmaterial und Hygienekonzepte zur Durchführung von persönlicher Beratung auch unter pandemischen Bedingungen.**

- ➔ **Es braucht eine umfassende Investition in digitale Angebote. Ein alleiniger Ausbau von Technik genügt nicht, da auch Konzepte für digitale Angebote entwickelt und das Personal entsprechend weiterqualifiziert werden muss.**

Die Pandemie unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer gesamtheitlichen, krisenfesten und zugänglichen Unterstützungsinfrastruktur für Betroffene.

Während des ersten Lockdowns waren die regulären Hilfsangebote durch Jugendämter, Schulen und Kindergärten aber auch psychotherapeutische Angebote von einem Tag auf den anderen stark eingeschränkt. Spezialisierte Fachberatungsstellen fungierten als Ersatzvorhaltung zur Stabilisierung und Überbrückung in der Krise: Durch die unmittelbare Anpassung der Beratungsformate konnten viele Betroffene aufgefangen werden.

Die Corona Pandemie verdeutlicht die Notwendigkeit eines Ausbaus der Unterstützungsinfrastruktur für Betroffene von sexualisierter Gewalt. Hierzu bedarf es der Schaffung von Therapieplätzen, traumasensiblen Unterstützungsangeboten und Schutzräumen.

Auch in Krisenlagen muss die Funktionsfähigkeit von Behörden und Jugendämtern aufrechterhalten werden, sodass sie ihrem Schutzauftrag nachkommen können.

Für weitere Informationen, Einblicke in die Studienergebnisse und Interviews stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an schwedes@bundeskoordinierung.de oder 0176 4384 8691.